

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

www.betriebsaktiv.de • 26. Februar 2019

Océ: Mit „Differenzierungsvorbehalt“ gegen „T-Zug“	3
BMW: Ronny hat's richtig gemacht – der Autobauer schmeißt ihn raus	4
Deutsche Post: Vertrauensleute wehren sich gegen Rassismus	5
Öffentlicher Dienst: 700 Kolleginnen und Kollegen legten die Arbeit nieder	6
Frankreich: Die gelben Westen legen Frankreich lahm	7

Vorsprung durch Streik bei Audi

Nach einer Woche erbitterten Arbeitskampf setzen die Motorenbauer im ungarischen Audi-Werk in Győr 18 Prozent Lohnerhöhung durch. In Ingolstadt stand die Produktion still!



Im Audi-Werk Győr bauen 12.000 Audi-Mitarbeiter jährlich rund zwei Millionen Benzin-, Diesel- und neuerdings auch Elektromotoren sowie gut 100.000 Audi A3 und TT.

Der erbitterte Arbeitskampf im ungarischen Audi-Werk in Győr kam nach fast einer Woche zu einem für die Kolleginnen und Kollegen siegreichen Ende. Da die in Győr produzierten Motoren im Audi-Stammwerk in Ingolstadt fehlten, musste dort bereits nach vier Tagen Streik der

ungarischen Kollegen ebenfalls die Produktion angehalten werden. Circa 11.000 Fahrzeuge konnten so in Ingolstadt nicht produziert werden. Der beherzte Streik in Ungarn und seine Auswirkungen auf die Produktion der anderen Standorte zwang die Kapitaleseite letztlich zum Einlenken.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter forderten eine Lohnerhöhung von 18 Prozent, mindestens jedoch 75.000 Forint (ca. 236 Euro). Der Durchschnittslohn in der Montage in Győr lag bei durchschnittlich

Lesen Sie weiter auf Seite 2 ►

Alles gut bei MAN?

In der letzten Ausgabe der Auf Draht berichteten wir, dass MAN einen Angriff auf die Löhne starten will.

Außertarifliche Zulagen wie Schichtzulagen und Gewinnbeteiligung sollten weg. Wenn der Betriebsrat nicht zustimmt, sollte die Logistik fremd vergeben werden. Schon im Juli 2018 hieß es, dass Hunderte Millionen bei Bus & Truck eingespart

werden sollen. (Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 2018) Doch nach Aussagen von Vertrauensleuten ist nun alles weg vom Tisch. Die Auftragslage stimmt, langjährige Leiharbeiter werden fest angestellt, wie es der Tarifvertrag verlangt. Nach Einschätzung

der Kollegen soll die Belegschaft derzeit ruhig gehalten werden. So: Seid froh mit dem, was ihr habt. Alles gut?

Rentschler, der LKW-Boss, ist bei seinem

Lesen Sie weiter auf Seite 3 ►

Klasse gegen Klasse

Kaum waren die ruhigen Weihnachtstage vorbei, nahmen rund 23.000 Sicherheitskräfte im Bereich der Passagier-, Fracht-, Personal- und Warenkontrolle den seit Oktober 2018 laufenden Tarifkampf wieder auf. 20 Euro Stundenlohn wurden gefordert, was bei 40 Wochenstunden einen monatlichen Brutto-lohn von ca. 3.400 Euro ergibt. Nach fünf Verhandlungsrunden und mehreren Warnstreiks haben sich Unternehmerverband und Gewerkschaft auf den ersten bundesweiten Entgelttarifvertrag in der **Luftsicherheit** verständigt – doch die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind noch zu befragen. Deren Antwort: Nein. Der Kampf geht weiter

Hoher Organisationsgrad und jahrelang gezeigter Kampfeswillen führten bei der **Deutschen Bahn** zu einem Tarifabschluss diesmal ohne Arbeitskampf. „So haben wir uns in dieser Tarifrunde erstmals seit vielen Jahren auf dem Verhandlungsweg mit dem Arbeitgeber einigen können, ohne Arbeitskämpfe und ohne Schlichtung. Obwohl wir das Scheitern der Tarifverhandlungen gleich zwei Mal erklärt haben, kam die DB jedes Mal zurück, nahm die Gespräche wieder auf, legte verbesserte Angebote vor“, so Rainer Weselsky, Vorsitzender der GDL. „Der DB-Tarifabschluss bedeutet mehr Entgelt, höhere Zulagen und das Recht auf echte Freizeit.“

Fünf Verhandlungsrunden und ein dreitägiger Warnstreik waren notwendig, um einen Tarifabschluss für die Kolleginnen und Kollegen im **Werttransport** und der Geldbearbeitung zu erreichen. „Der zweijährige Tarifvertrag sieht Erhöhungen von bis zu 14,42 Prozent für den Geldtransport und 17,15 Prozent für die Geldbearbeitung in den Cash-Centern vor“, vermeldete der Hauptgeschäftsführer der BDGW, Dr. Harald Olschok, zerknirscht.

Die IG Metall fordert für die 72.000 Beschäftigten der nordwestdeutschen **Eisen- und Stahlindustrie** eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent sowie eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Eine Urlaubsvergütung von 1.800 Euro soll eine Wahlloption für zusätzliche freie Zeit erhalten. Außerdem sollen die Tarifverträge zur Altersteilzeit, Beschäftigungssicherung und Werkverträgen verlängert werden. Die Reaktion der Kapitalisten in der Tarifrunde: Schweigen. Die Antwort der Kolleginnen und Kollegen: Warnstreik. 400 Metallerinnen und Metaller folgten dem Aufruf zum Warnstreik, die Georgsmarienhütte bei Osnabrück stand still.

Die Forderung der IG Metall nach einer Tarifierhöhung von 5,5 Prozent für die rund 100.000 Beschäftigten der **Textilindustrie** hätte „keine realistische Grundlage“, mozte der Verhandlungsführer der Kapitalisten, Markus Simon. Die Antwort der Kolleginnen und Kollegen: 8.400 stellten die Arbeit ein. ■ RW

Fortsetzung von Seite 1

Vorsprung durch Streik bei Audi

1.100 Euro brutto, die Lebenshaltungskosten aber sind inzwischen fast so hoch wie in westeuropäischen Staaten. So wollten die Arbeiter ihre Löhne zumindest an die etwas besseren Billiglöhne in Osteuropa angleichen. Denn ihre Löhne betrug laut den Gewerkschaften „28 Prozent weniger als (...) in den slowakischen Audi-Werken und 39 Prozent weniger als die Einkommen bei Audi in Polen“. D.h., auch nachdem die Belegschaft in Győr ihre Forderungen durchsetzen konnte, zählen ihre Löhne immer noch zu den niedrigsten bei Audi in Europa.

Ein freies Wochenende im Monat

Neben der Lohnerhöhung forderten die Kolleginnen und Kollegen in Ungarn, an mindestens einem Wochenende im Monat nicht arbeiten zu müssen. Diese für uns selbstverständliche Forderung ist die logische Antwort auf ein bereits im Dezember 2018 verabschiedetes Gesetz. Dieses erlaubt es dem Kapital, die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter noch weiter zu verschärfen, sie zu bis zu 400 Überstunden im Jahr zu verpflichten und die Lohnzahlungen für diese Stunden um bis zu drei Jahre zu verzögern.

Die Gier ausländischer und in erster Linie deutscher Konzerne nach immer höheren Profiten und sinkenden Löhnen hatte die rechte ungarische Regierung unter Präsident Viktor Orbán dazu bewegt, diese auch als „Sklavengesetz“ und oftmals auch als „Lex Audi“ bzw. „Lex BMW“ bezeichneten Angriffe auf die Arbeiterrechte zu verabschieden. So sagte der ungarische Außenminister, dass die in Ungarn investierenden (...) Unternehmen eindeutig positiv auf die ungarischen Gesetzesvorschläge reagiert haben (...). Damit ist der jetzige Streik auch als Folge der massiven Proteste Ende letzten Jahres gegen diese weitere Zerschlagung von Arbeiterrechten in Ungarn zu sehen.

Ihr Kampf ist auch unser Kampf

Die IG-Metall Ingolstadt solidarisierte sich in einer Erklärung vom 23. Januar 2019 mit den Kolleginnen und Kollegen im fernen Győr und wies auf die Notwendigkeit der Solidarität hin. Denn es drohe eine Abwärtsspirale nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen in Ungarn, sondern auch im Ausland – und damit natürlich auch in Deutschland.

Diese Abwärtsspirale ist es, die den Kampf unserer Kolleginnen und Kollegen in Ungarn auch zu unserem Kampf in Deutschland macht. Es ist klar, dass das Kapital alles versucht, um diese Erkenntnis zu verhindern und die Arbeiterschaften zu spalten. Nichts anderes bedeutet es, wenn nun die Kolleginnen und Kollegen in In-

golstadt für 60 Prozent des Arbeitsausfalls über ihr Zeitkonto aufkommen müssen und die Audikapitalisten nur 40 Prozent übernehmen. So wird versucht, den berechtigten Unmut darüber auf die Arbeiter in Ungarn zu lenken – obwohl es doch die Kapitalisten sind, die den Streik in Győr mit ihrer Lohndrückerei verursacht haben. Sie sollen bezahlen! Doch diese Diskussion um eine solche Forderung muss hier geführt werden, um auf ein nächstes Mal vorbereitet zu sein.

Gegenüber den Arbeitern in Győr oder sonst wo muss klar sein, auf welcher Seite wir stehen. Die Milliarden Gewinne der Konzerne werden nicht von Vorständen und Aktionären produziert. Erarbeitet werden sie von den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit und jeden Tag. Egal ob in Ingolstadt, in München, in Mexiko oder in Győr. Egal ob bei Audi, Siemens oder BMW. Daher dürfen wir uns nicht spalten lassen und müssen gemeinsam kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, für unsere Rechte. Nur so können wir der Macht der Konzerne etwas entgegensetzen. ■ SG

- 1) Billiglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen im Ausland und die Drohung des Kapitals, Produktionen dorthin zu verlagern, erhöhen den Druck auf unsere Löhne.
 - 2) Lohnsenkungen bei uns erhöhen wiederum den Druck auf die Kolleginnen und Kollegen im Ausland, noch billiger zu sein als ihre Nachbarn.
 - 3) Zurück zu 1.
- Diese Abwärtsspirale kann nur durch einen solidarischen Kampf aller Arbeiterinnen und Arbeiter durchbrochen werden.

22. März
19 Uhr

Cyberkrieg und Drohnen?

Die gefährliche Neuausrüstung der Bundeswehr
Vortrag von **Ralf Cüppers**, DKP Flensburg & aktiv bei den monatlichen Protesten gegen den Fliegerhorst Jagel.

Kommtreff, Holzapfelstraße 3,

Eine Veranstaltung der DKP München

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

www.betriebsaktiv.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag



Betriebsversammlung im September 2018 bei MAN: Kurz vor der Bayern-Wahl verspricht Markus Söder eine einheitliche Strategie, um den Diesel-Motor zu erhalten.

► Fortsetzung von Seite 1

Alles gut bei MAN?

Ziel geblieben. Das *Manager Magazin* vom 29. Januar 2019 zitiert ihn so: „Wir wollen der profitabelste Hersteller sein!“ Womit er sich gegen den Hauptkonkurrenten und Weltmarktführer Daimler positioniert.

Noch vor Ostern will die Aktiengesellschaft „Traton“ an die Börse gehen. Das ist die neue Aufstellung der LKW-Sparte des Mutterkonzerns VW. Damit sollen MAN Bus & Trucks, Scania und VW-Nutzfahrzeuge zusammengefasst werden. Der Bör-

sengang soll 20 Milliarden in die Kassen spülen. (Handelsblatt, 23. November 2018) Die angestrebte Kapitalerhöhung hat den Zweck, mehr Profit zu erzielen. Den habt ihr und alle Traton-Kollegen zu erarbeiten.

Nichts ist vom Tisch!

Die Aktie von MAN SE, mit der auch die LKW-Sparte derzeit noch bewertet wird, dümpelt seit November 2018 vor sich hin. Ein Zeichen, dass alle Kapitalanleger, die mit eurer Arbeitskraft spekulieren wollen,

abwarten. Die angekündigten Millionen-einsparungen waren ein Signal ans Kapital: Seht her, wir machen einen neuen Konzern und stellen den so auf, wie sich's im Kapitalismus gehört. Kauft unsere Aktien!

Alleine wegen den so genannten Synergieeffekten aus der neuen Aufstellung werden Arbeitsplätze wegfallen. Die Einsparungen kommen. Die sind im Kapitalismus wie das Amen in der Kirche. Also wachsam sein und den Kampfanzug bereitlegen! ■ krrn

Mit „Differenzierungsvorbehalt“ gegen „T-Zug“

Die Océ-Kapitalisten langen den Kolleginnen und Kollegen in Poing erneut tief in die Taschen.

Der „T-Zug“ ist kein neuer Hochgeschwindigkeits-ICE, sondern die vom IGM-Vorstand gewählte Bezeichnung für „Tarifliches Zusatzgeld“. Gemäß IGM-Tarifabschluss von Februar 2018 beträgt es 400 Euro pro Kopf. Für die Azubis gibt es 200 Euro. Es ist erstmalig ab dem 1. Juli 2019 an die Belegschaften der tarifgebundenen Metall- und Elektrobetriebe zu zahlen und unterliegt einem sogenannten „Differenzierungsvorbehalt“. Danach können die Kapitalisten die Zahlung verschieben, teilen oder müssen nur zahlen, wenn es die wirtschaftliche Situation zulässt. Für die ab Juli 2019 zu zahlenden 400

Euro gilt hierbei: Eine „Differenzierung“ ist nur mit Zustimmung der IGM möglich. Dabei hat es die Belegschaft in der Firma Océ Printing Systems GmbH & Co. KG in Poing erwischt. Beim „Differenzieren“ sind ihr nur 240 Euro pro Frau und Mann geblieben. 40 Prozent, also 160 Euro, bleiben in den Tresoren der Océ-Besitzer, dem Canon-Kapital.

Die besondere Situation bei Océ: Es gelten Haustarifverträge

Damit hat die zuständige IG Metall über Jahre hinaus – z. B. ab 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2021 – Löhne verein-

bart, die 30 Prozent unter dem Flächentarif liegen. Für den gleichen Zeitraum gilt die 38-Stunden-Woche zum Entgelt der 35-Stunden-Woche. Auf diese Weise stellt die Océ-Belegschaft der Firma ihre Arbeitskraft 6 Jahre lang – 3 Arbeitsstunden wöchentlich – unentgeltlich zur Verfügung. Beim monatlichen Durchschnitt von 4,35 Wochen sind das pro Monat 13,05 Stunden und 156,6 Arbeitsstunden oder auch ein Monat Arbeit für Null Euro im Jahr. Und das bei momentaner Belegschaftsstärke von rund 1.100 sind das für die Kapita-

Lesen Sie weiter auf Seite 4 ►

► Fortsetzung von Seite 3

Mit „Differenzierungsvorbehalt“ gegen „T-Zug“

listen 172.260 Überstunden bzw. 1.100 Monate ohne Lohn.

Legen wir einmal einen als Beispiel angenommenen Durchschnitts-Stundenlohn von 20 Euro zugrunde, sind das, ohne Zuschläge und Sozialversicherung gerechnet, 3.132 Euro pro Kopf im Jahr. Mit der Belegschaftsstärke von 1.100 multipliziert macht das 3.445.200 Euro Lohnkostensparnis. Beim obigen Beispiel, 20 Euro Stunden-

lohn, werden den Océlern mit der auf 240 Euro gekürzten T-Zulage davon gerade mal 12 der gesamten unentgeltlichen Überstunden entlohnt. Ganz bestimmt kann der Betriebsrat anhand seiner Unterlagen und mit Hilfe der IGM alles viel genauer ausrechnen und der Belegschaft darüber auf der nächsten Betriebsversammlung berichten, was dabei fürs Canon-Kapital alles rausspringt. In jedem Fall steht dabei

fest: Einschließlich der Werte, die sie in der im Kapitalismus unvermeidlichen unentgeltlichen Arbeitszeit schafft, schenkt die Belegschaft den Océ-Besitzern mindestens einmal monatlich eine T-Zulage. Sie liegt mit Sicherheit pro Kopf weit über 400 Euro. ■ Ludwig J.



Ronny hat's richtig gemacht

Der Globalplayer BMW schmeißt antirassistischen Arbeiter raus.

Ronny hat sich gegen rassistische Äußerungen im Betrieb gewehrt – und wurde prompt daraufhin gekündigt. Das ließ er sich nicht gefallen, und nun klagt er mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz gegen die Kündigung.

Er setzt damit ein Zeichen für uns alle: Mach meinen Kumpel nicht an!

Wer ist Ronny? Und was hat er gemacht? Ronny ist – vielmehr war – Leiharbeiter im Forschungs- und Innovationszentrum der BMW. Er arbeitete dort etwas mehr als zwei Wochen. Dann wurde er in der

Probezeit von einem auf den anderen Tag gekündigt. Warum? Ronny hat sich gegen rassistische Hetze seines Vorarbeiters, wir nennen ihn hier A.B., zur Wehr gesetzt. Der hatte – bezogen auf andere Kollegen – immer wieder Sprüche wie „Bimbo!“, „Nigger!“, „diese Juden!“, „Behinderte!“ usw. von sich gegeben. Er tat es völlig ungeniert in der Abteilung und unter Namensnennung der so titulierten Kollegen. Ronny, neu in der Abteilung, hörte sich das eine Weile an. Irgendwann war es ihm zu viel. Er sagte das zu A.B., der – auf die

NSU-Morde angesprochen – die Äußerung tat: „Na und, ein paar Kanaken weniger!“ Ronny ließ A.B. wissen, dass er solche Töne nicht mehr hören wolle. Die Lawine kommt ins Rollen: A.B., dessen Job es ja war, Ronny in die Arbeit einzuweisen, enthält ihm notwendige Informationen zu seiner Arbeit vor; stattdessen geht er zum Meister und beschwert sich über Ronny. Weder der Meister, noch der inzwischen hinzugezogene Abteilungsleiter (beide BMW), noch die Verantwortlichen der Leiharbeitsfirma Brunel unterstützen ihn.

Im Gegenteil. Schlag auf Schlag wird er von einem Termin zum anderen zitiert; wie in einem Tribunal muss er sich sogar noch beschimpfen lassen und wird darauf verwiesen, er habe im Betrieb den Mund zu halten. Von einem Tag auf den anderen wird Ronny von BMW abgemeldet, und keine 24 Stunden später kündigt ihm die Leiharbeitsfirma. Jetzt ist er erwerbslos.

So geschehen 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes. Ronny geht zu seiner Gewerkschaft, Verdi gibt ihm trotz Probezeit Rechtsschutz, beauftragt den DGB-Rechtsschutz mit der Klage gegen die

Kündigung, und nun wurde der gesamte Vorgang öffentlich vor dem Münchner Arbeitsgericht verhandelt.

Gut 40 Gewerkschafter waren zum Prozess am 22. Februar gekommen, um Ronny ihre Solidarität zu bekunden. Sie zeigten, dass es unser aller Angelegenheit ist, ob man als Leiharbeiter und in der Probezeit am Betriebstor seine Grundrechte ablegen muss oder nicht. So war der Prozess nach eineinhalb Stunden auch noch nicht zu Ende. Er wird am 1. März um 9.00 Uhr fortgesetzt.

Quelle: Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts in Verdi München
Kontakt: AK-gegen-Rechts.muenchen@verdi.de

„... Dass Sie das Gefühl haben, aufgrund Ihrer Reaktionen auf rassistische Äußerungen benachteiligt zu werden, bedaure ich. Es ist Ihnen selbstverständlich nicht verwehrt, Ihre Meinung zu rassistischen Äußerungen kundzugeben, auch nicht in der Probezeit. Gleichwohl trifft es zu, dass ein Arbeitgeber innerhalb der Probezeit weitestgehend Kündigungsfreiheit genießt. Zu Einzelfällen, die der Bundespräsident aus eigener Anschauung nicht kennt, nimmt er jedoch grundsätzlich keine Stellung. Hierfür bitte ich um Verständnis...“

Aus dem Brief des Bundespräsidialamtes vom 18. Dezember 2018 an Ronny.

„Das ist für uns menschlich nicht erträglich“

119 Verdi-Vertrauensleute aus allen Niederlassungen der Deutschen Post AG in Bayern wollen die Rechtlosigkeit ihrer Kolleginnen und Kollegen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, nicht mehr hinnehmen. Sie verabschiedeten deshalb auf ihrer Vertrauensleutekonferenz am 28. Januar 2019 in Nürnberg folgenden Brief an die Bundestagsabgeordneten der Koalitionsparteien aus CDU, CSU und SPD:

Zum „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“

Wir sind Vertrauensleute aus Niederlassungen der Deutschen Post AG in Bayern. Ob im Brief- und Paketzentrum oder in der Zustellung: Es gibt wohl kaum eine Nationalität der Erde, die nicht bei uns vertreten ist. Täglich werden es mehr Kollegen aus anderen Ländern, und das gute Zusammenleben und Arbeiten ist uns äußerst wichtig.

Leider mussten auch wir schon miterleben, mit welchen Schwierigkeiten gerade diejenigen kämpfen müssen, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Umso befremdender ist es für uns, dass aus dem versprochenen „Spurwechsel“ für unsere Kolleginnen und Kollegen nichts geworden ist, im Gegenteil.

Es reicht nach diesem Gesetz nicht, dass der betroffene Kollege seinen Lebensunterhalt mit

einer sozialversicherten Arbeit bestreiten kann, er muss eine Wochenarbeitszeit von mindestens 35 Stunden vorweisen (die wir bei der Post in den Brief- und Paketzentren kaum haben).

Der betroffene Kollege muss diesen Job 18 Monate lang haben mit dem ständigen Damoklesschwert der Abschiebung – denn, so wörtlich in der Gesetzesbegründung: „Der Zeitraum gibt den Ausländerbehörden die Möglichkeit, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen.“

Mehr noch: Bei Verheirateten/Lebenspartnern müssen tatsächlich BEIDE die Voraussetzungen erfüllen, BEIDE also ein Arbeitsverhältnis mit mindestens 35 Wochenstunden und dieses 18 Monate lang vorweisen können. In der Begründung wird noch einmal ausdrücklich betont: Erfüllt eine der beiden Personen (Ehegatte/Lebenspartner) eine der Voraussetzungen nicht, ist keinem die Duldung zu gewähren.

Zusammenfassend heißt das: Die Betroffenen haben eine familiäre Arbeitspflicht von 70 Stunden in der Woche, 18 Monate lang sind sie weiterhin ausreisepflichtig, um eine auf 30 Monate beschränkte Duldung zu erhalten, die, sobald nur eine der Voraussetzungen nicht mehr gegeben ist, wieder aufgehoben werden kann.

Das ist für uns menschlich nicht erträglich und auch gewerkschaftlich nicht hinnehmbar. Abgesehen von dem massiven Abbau von Vollzeitstellen: Existenzielle Rechte von der Erfüllung einer „Mindestarbeitszeit“ abhängig zu machen, greift massiv in die Vertragsfreiheit des Arbeitnehmers ein, die immer noch Grundlage unseres Arbeitsrechts ist.

Wir wenden uns deswegen an Sie: Verweigern Sie diesem Gesetzentwurf die Zustimmung – sorgen Sie für einen wirklichen Spurwechsel!

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Großes Theater vor dem Nymphenburger Schloss



Am 14. Februar legten wieder Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes die Arbeit nieder. Ihre Forderung nach 6 Prozent Lehnen die Dienstherrn ab. Stur wie ein Fettfleck. In München versammelte sich vor dem Nymphenburger Schloss eine bunte Truppe von Restauratoren, Beschäftigten des Botanischen Gartens, Kolleginnen und Kollegen der Theater, des Studentenwerks, der Autobahnmeisterei. Sie bekräftigten: Am 26. Februar legen wir ganz gewaltig nach. Einem Fettfleck kann man/frau nur mit scharfen Mitteln kommen.



„Wir legen Frankreich lahm.“

Die soziale Revolte der gelben Westen erschüttert das politische System in Frankreich. Das Ende ist ungewiss, doch ein „Zurück auf Los“ gibt es nicht.

Die Polizei geht mit Pfefferspray, Gummigeschossen und Panzern gegen die Demonstranten mit den gelben Westen und gegen kritische Journalisten vor. Trotzdem musste Präsident Macron auf die Proteste einlenken. Doch da hat die Bewegung der Gelbwesten bereits eine eigene Dynamik angenommen.

Sind sie ein Vorbild für Deutschland?

Die Proteste richten sich mittlerweile gegen die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik von Präsident Macron. Diese ist im Grunde nur eine Nachahmung der deutschen Agenda-Gesetze, die hier von SPD und Grünen vor über zehn Jahren eingeführt wurde. Zur Durchsetzung dieser Ziele haben die Herrschenden in Frankreich zum einen Peter Hartz bekommen, den Architekten der deutschen Hartz-Gesetze, den Macron fleißig kopiert. Zum anderen haben sie den Ausnahmezustand ausgerufen und diesen danach in dauerhaft geltende Gesetze gegossen.

Vor diesem Hintergrund sehen viele keinen anderen Weg ihren Protest auszudrücken als in den Aktionen der Gelbwesten. Oft hört man, dass die Bewegung nur aus Randalierern bestünde, die Sympathien mit Le Pen hätten. Das kann bei solchen Bewegungen nicht verhindert werden.

Doch verfügen die Gelbwesten über keine politische Leitung, geschweige denn

über ein politisches Programm. Es gibt aber Forderungen, auf die sich die Bewegung einigen konnte. Diese sind bunt gemischt, da geht es um einen Mindestlohn, gegen Obdachlosigkeit oder Verbot der Privatisierung. Das sind keine rechten Forderungen, sie entsprechen der sozialen Lage vieler Franzosen.

Warum tragen sie keine roten Westen?

Es wird vermutet, dass sich die Protestierenden anfangs vor allem aus Menschen zusammengesetzt haben, denen die Benzinerhöhung die Existenz bedroht oder die versuchen müssen, mit dem Mindestlohn über die Runden zu kommen. Doch nach einigen Wochen hat sich der Protest massiv verbreitet und auch Unterstützung in einem beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse gefunden. Die linke Gewerkschaft CGT rief bereits zum Streik auf, um die Bewegung der Gelbwesten zu unterstützen. Dabei forderte sie die sofortige Anhebung von Löhnen und Renten. Denn die Politik von Präsident Macron hat bisher stattdessen die Vermögenssteuer und Arbeitsrechte abgeschafft.

Nach den ersten Gelbwesten-Protesten gab es auch Proteste von Schülerinnen und Schülern in Frankreich. Doch die Polizeigewalt macht auch vor den Jüngsten nicht halt. Während in Mantes-la-Jolie, westlich von Paris, demonstrierende Schüler wie

Kriegsgefangene behandelt werden und mit erhobenen Armen auf dem Boden knien müssen, nimmt die Polizei im ganzen Land über 700 Schüler fest, die gegen die Zulassungsverschärfungen zum Studium demonstrieren. Die jüngsten von ihnen sind erst zehn Jahre alt. Die Gelbwesten haben auch Forderungen der Jugendlichen übernommen, z.B. „Maximal 25 Schüler pro Klasse von der Vorschule bis zur Abschlussstufe.“

Mit der Kraft der Arbeiterklasse

Die klassenkämpferische CGT will den politischen Wind innerhalb der Bewegungen drehen und mit ihrer Mitarbeit die progressiven Kräfte stärken: „Die Herausforderung für unsere Organisation besteht darin, dass aus diesem Zorn ein Kräfteverhältnis wird, das es ermöglicht, echten sozialen Fortschritt zu fordern und zu erreichen; eine gerechte Gesellschaft, in der jeder einen Platz zu einem würdevollen Leben hat.“

Dagegen hat der französische Innenminister den Gelbwesten-Protest als ein „Monster“ bezeichnet. Damit will er wohl die wahnsinnige Gewalt rechtfertigen, die der Staat nun mit über 90.000 schwer bewaffneten Polizisten gegen die Großdemonstrationen ausübt. ■mel

Am 26. Mai 2019 Europawahl:

Stimmt für den Weg des Widerstands! Wählt DKP!



Warum DKP wählen?

Pflege statt Panzer!

Die Bundesregierung unterstützt das NATO-Aufrüstungsziel auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit würde jeder fünfte Euro des Bundeshaushalts in die Rüstung fließen. Dieses Geld fehlt dringend an anderen Stellen, zum Beispiel in Krankenhäusern und in der Pflege.

Wir können uns nicht gefallen lassen, dass unsere Krankenhäuser kaputtgespart und privatisiert werden, während Geld fürs Militär da ist. Sozialraub ist Krieg von oben!

Mit unserem Antreten zur Wahl wollen wir auf die Gefahr einer zunehmenden Militarisation der EU aufmerksam machen. Merkel und Macron haben zuletzt keinen Zweifel daran gelassen, dass sie weiterhin den Kriegskurs der NATO und des US-Imperialismus uneingeschränkt unterstützen werden. Dafür wollen sie jetzt Ernst machen mit einer eigenständigen EU-Armee unter deutscher und französischer Führung.

Frieden mit Russland!

Die DKP ist sicherlich nicht die einzige Partei, die im EU-Wahlkampf den Militarismus der EU kritisieren wird. Aber die DKP wird die einzige linke Alternative und Stimmmöglichkeit sein für all diejenigen, die deutlich machen wollen: eine wirkliche Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik kann es nicht im Rahmen einer Reform der EU geben. Frieden und Abrüstung und eine Entspannungspolitik gegenüber Russland werden sich letztlich nur gegen die EU durchsetzen lassen.

Das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Nur eine Stimme für die DKP wird bei der kommenden Wahl ein "Nein zur EU" bedeuten – zumindest, wenn man nicht den ultrarechten Rattenfängern von der AfD auf den Leim gehen will. Deswegen ist unser EU-Wahlkampf wichtig. Wir sammeln Stimmen für den Weg des Widerstands – nicht nur für uns als Partei, sondern für die gesamte Antikriegsbeziehung in unserem Land.

